

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Wilsdruff, am 14. Februar 1921. Der Stadtrat.



Erscheint seit dem Jahre 1841

Preis: 1 Mk. für die Kopialen, 2 Mk. für den Rest. ...

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Vassig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 39.

Mittwoch den 16. Februar 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Die 4. Rate der Reichseinkommensteuer

ist bis 15. Februar 1921 an die hiesige Stadtsteuerkasse zu bezahlen. Eine besondere schriftliche Mahnung findet bei dieser Steuer nicht statt. Die Steuer wird vielmehr nach dem 15. d. M. durch den Vollstreckungsbeamten zwangsweise eingezogen. Außerdem ist die fällig gewesene Steuer mit 5 v. H. zu verzinsen. Wilsdruff, am 14. Februar 1921. Der Stadtrat.

Zuckerkarten-Ausgabe.

Mittwoch vorm. 10—1 Uhr im Verwaltungsgesamgebäude Nr. 2. Die Abholung hat unbedingt während der angelegten Zeit zu erfolgen. Wilsdruff, am 15. Februar 1921. Der Stadtrat.

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverbreiteten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * In einer Note an die Reichsregierung lehnt Bayern jede Verantwortung für die Auflösung der Einwohnertwehnen ab.
- * Die Mitglieder des Bremer Volkshandels erklären in einer Entschliessung, daß sie angesichts der schmerzhaften Behandlung Deutschlands durch Frankreich alle Geschäfte mit Frankreich juristisch und auf französische Angebote nicht antworten wollen.
- * In Kreuzberg N.-S. erhielten bei den Stadtverordnetenwahlen die Liste der vereinigten deutschen Parteien 5188 und die Liste der Rationalisten 276 Stimmen.
- * In Warschau wird berichtet, daß die Abstimmung in Oberschlesien endgültig auf den 30. März, die Abstimmung für die Reichsregierung auf den 3. April festgesetzt sei.

Dr. Simons in Stuttgart.

Man könnte fast, wenn der Leiter der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches in diesen aufgeregten Zeiten die Hauptstadt des Landes verläßt, um im Süden in öffentlichen Reden für seine Gedanken und für seine Ziele zu werben, auf den Gedanken kommen, daß er seiner Sache, was diesen Teil des Reiches betrifft, nicht genügend sicher sei. Und es würde uns gar nicht wundern, wenn seine Reise nach Stuttgart, die wohl auch noch nach Karlsruhe und nach Darmstadt fortgesetzt werden sollte. Aber natürlich wäre nichts verbreitet als dies. Denn nicht nur die jetzt als rückschrittlich verdorbenen Bayern, sondern auch die allezeit gut demokratisch gesinnten Württemberger stehen wie ein Mann gegen die Pariser Beschlüsse, und sie würden Herrn Dr. Simons und der Reichsregierung ganz gehörig auf den Leib rücken, wenn diese etwa auch nur die geringste Neigung zum Umfallen erkennen ließen. Aber man kann es wohl begreifen, daß die parlamentarischen Minister von heute mehr als ihre Vorgänger den Wunsch haben, sich in besonders schicksalsschweren Augenblicken mit allen Zeichen der Bewußtheit in Verbindung zu setzen, um an dem Echo, das sie finden, nachzufragen, ob sie sich mit dem, was sie nun oder lassen wollen, auf dem richtigen Wege befinden. Die Stuttgarter haben Herrn Dr. Simons seinen Zweifel darüber gelassen, daß sie entschlossen sind, mit ihm durch dick und dünn zu gehen — solange er an dem Nein, das er im Reichstag gesprochen hat, unbeteiligt festhält.

Daß er dazu entschlossen sei, betonte Dr. Simons gleich im Beginn seiner Rede mit aller Entschiedenheit. Je näher man die Pariser Beschlüsse sich ansehe, desto zureichender erweise sich das zuerst gefällte Urteil, und die fremden Staatsmänner könnten noch so viel und noch so geflüstert darüber reden, die Durchführbarkeit ihrer Beschlüsse bleibe trotzdem ein Ding der Unmöglichkeit. Nicht Lloyd George, nicht Briand, nicht Graf Sforza hätten sich die Mühe genommen, auf Grund des in Brüssel beigebrachten Zahlenmaterials sich Rechenschaft darüber abzulegen, ob Deutschland die ihm zugebachten Jahreszahlungen wirklich aufzubringen vermöge. Statt dessen habe man mit völlig phantastischen Ziffern operiert, für die jede tatsächliche Unterlage fehle. Aus allen bisherigen Debatten sei nur eines mit voller Klarheit hervorgegangen, daß nämlich die Wiederherstellungsbestimmungen des Friedensvertrages die unabweisbare Aufgabe des Wiederaufbaues der europäischen Wirtschaft nicht gelöst hätten und deshalb durch neue Vereinbarungen ersetzt werden müßten. Wo die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit für die Heilung der Schäden des Krieges zu arbeiten, sei das deutsche Volk bereit, das würden auch die von ihm veranlaßten Gegenentwürfe zeigen. Dabei würde die finanzielle Notlage Frankreichs ebenso berücksichtigt werden, wie die Sorge Englands vor der Konkurrenz der deutschen Industrie und der Arbeitslosigkeit der englischen Industrie. In den Hauptfehlern der Franzosen, bei ihren Forderungen die Wirkung der Deutschland aufzuwerfenden Leistungen auf den Produktionsprozeß der Welt zu übersehen, würden die deutschen Gegenentwürfe nicht versagen. Die Franzosen hätten aber auch den weiteren Fehler begangen, die Jahresleistungen in so unbestimmter Weise zu bezeichnen, daß sie sich nicht als Grundlage für die große internationale Anleihe benutzen ließen, deren die europäische Gesamtwirtschaft unbedingt bedürfe. Endlich fehle auch jede Vorstellung darüber, wie der deutsche Export bis auf 20 oder gar 25 Milliarden gesteigert werden solle, ohne sich

selbst sowohl wie die Industrie der übrigen Staaten aufs Schärfste zu gefährden. Und was solle man dazu sagen, daß Frankreich und Belgien jede technische Mitarbeit Deutschlands beim Wiederaufbau des zerstörten Gebietes ablehnten, ohne selbst in andere zu sein, die Aufgabe zu lösen. Er würde jetzt in seinen Gegenentwürfen Gesamtschritte nennen müssen, die auf der Gegenseite einen ähnlichen Sturm der Entrüstung auslösen würden, wie er jetzt bei der Bekanntgabe der Ententeforderungen durch Deutschland gedraht sei. In solche Gefahren begeben man sich aber, sobald der Boden der Verhandlung verlassen würde. Immerhin hätten die Gegner selbst erkannt, daß das Werk von Versailles veränderungsbedürftig sei. Es ersehe aber auffällig, daß die Londoner Konferenz auf einen Zeitpunkt angelegt sei, in dem die amerikanische Regierung nicht in die Debatte eingreifen könne; und doch komme den Vereinigten Staaten als Gläubiger der Entente und als Rohstofflieferant für die europäische Industrie eine überragende Stellung bei der Wiederherstellungsfrage zu. Nicht weniger nachteilig werde sich die ungeklärte Lage im Osten für eine dauerhafte Lösung der Frage geltend machen. Es habe den Anschein, als ob unsere Gegner die deutsche Industrie auch nach dieser Richtung hin einer Erprobungsprobe unterwerfen wollten, wie sich aus der Vereitelung der deutschen Wirtschaftsverhandlungen mit den Oststaaten ergebe. Solange man mit dem Gedanken der Strafe und der Konkurrenz an die Frage herangehe, werde nur kümperhafte Arbeit zu leisten sein. Nur mit dem Gedanken der Hilfe und der Solidarität werde man vorwärts kommen.

Dr. Simons schloß mit einem Appell an die einheitliche Stimmung des deutschen Volkes, die nicht im Streit über Einzelheiten gefährdet werden dürfe. Der jubelnde Beifall, den er fand, wird sich durch das ganze Reich hin fortpflanzen. Wir dürfen heute mehr noch als bisher darauf vertrauen, daß Deutschlands Sache in London guten Händen anvertraut sein wird.

Bayern und die Reichsregierung.

Lebensnotwendigkeit der Einwohnertwehnen. Das durch den bayerischen Befehlenden dem Reichstanzler übergebene Schreiben der bayerischen Regierung vom 11. d. M. gibt den schon aus den Veröffentlichungen der letzten Tage bekannten Standpunkt der bayerischen Regierung in der Einwohnertwehnen- und Entwaffnungsfrage wieder, wonach die Einwohnertwehnen für das bayerische Volk eine Lebensnotwendigkeit darstelle. Sie betont ferner, daß sie den Entschluß der Reichsregierung, ohne die Londoner Verhandlungen abzuwarten, an die Ausführung der Entwaffnung heranzutreten, für verhängnisvoll halte. Wenn die Reichsregierung gleichwohl in Verfolgung ihres Standpunktes Maßnahmen zum Vollzug der Entwaffnung vornehmen zu müssen glaube, so müsse die bayerische Regierung die Verantwortung für diese Maßnahmen der Reichsregierung überlassen.

Der Kampf um das Saargebiet.

Französische Übergriffe. Wie das amtlich mitgeteilt wird, hat die Reichsregierung in der letzten Zeit verschiedene Noten an die Regierungskommission des Saargebietes und an den Völkerbund gerichtet, die gegen die Übertragung der Vertretung der Auslandsinteressen der Bewohner des Saargebietes an die französische Regierung Stellung nehmen. So erklärt die Reichsregierung in einer Note, daß die Wahrnehmung dieser Interessen durch Frankreich mit dem Versailler Vertrag unvereinbar ist, da das Saargebiet dem übrigen Deutschland gegenüber nicht Ausland ist und die Frage, ob es aufhört, Reichsgebiet zu sein, erst im Jahre 1935 auf Grund einer Volksabstimmung entschieden wird. Es wäre auch unbegründlich, wenn die in Deutschland lebenden Saarländer gegenüber deutschen Behörden von Frankreich vertreten werden sollten. Vor kurzem hat das Amtsblatt der Regierungskommission des Saargebietes ein Schreiben der französischen Regierung veröffentlicht, wonach sich diese bereit erklärt hat, den im Auslande anwesenden Saarländern den Schutz der französischen diplomatischen und konsularischen Agenten angedeihen zu lassen. In einer Note hat die Reichsregierung demgegenüber dar-

auf aufmerksam gemacht, daß hier ein Versehen vorliegen muß. Denn der Friedensvertrag kennt keine „Saarländer“, sondern nur Bewohner des Saargebietes, von Personen aber, die aus dem Saargebiet stammen und anderswo wohnen, das heißt, von sogenannten „Saarländern“ spricht der Vertrag nicht. Die Reichsregierung hat eine Verichtigung der Mitteilung des Amtsblattes der Regierungskommission des Saargebietes beantragt und im übrigen erklärt, daß sie die Vertretung der Auslandsinteressen der im Saargebiet beheimateten Personen insofern für sich beansprucht, als diese die deutsche Reichsangehörigkeit besitzen.

Was wird Amerika tun?

Die Vereinigten Staaten und die Londoner Konferenz. In der Presse des Auslandes, wie nicht minder in der Deutschlands, findet ein großes Rätselraten darüber statt, wie sich Amerika zu den Pariser Beschlüssen vom 29. Januar stellen wird. Amerika ist zurzeit ungefähr aktionsunfähig. Präsident Wilson tritt nach etwa drei Wochen von der Weltbühne ab, auf der er eine für Deutschland so verhängnisvolle Rolle gespielt hat. Sein im November 1920 gewählter Nachfolger Harding von der republikanischen Partei hat Wilson ersucht, den amerikanischen Kongress zum 4. März einzuberufen. Der Grund für diese in der Geschichte Amerikas einzig dastehende Eile des kommenden Mannes ist der Wunsch Amerikas, bei den in Europa sich vorbereitenden Entscheidungen ein Wort mitzusprechen zu können. Präsident Harding wird also am 4. März die Grundlinien seiner Politik entwerfen und sein Ministerium bilden. Man nennt den früheren Gegenkandidaten Wilsons Hughes und den ausgesprochenen Vertreter amerikanischer Weltmagnaten Kooi als Kandidaten. Eine Einwirkung Amerikas auf den Gang der Ereignisse in Europa ist vor Mitte oder Ende März nicht zu erwarten.

Man hat von dem Interesse Amerikas in der Wiedergutmachungsfrage das Verschiedenartigste behauptet. Man hat gesagt, Amerika werde die übermäßige Schwächung eines guten Kunden und Lieferanten wie Deutschland in Europa nicht dulden und vor allem sich gegen die uns auferlegte 12prozentige Ausfuhrabgabe wehren, welche doch letzten Endes vom verbrauchenden Ausland und damit auch von Amerika getragen werden müßte. Von anderer Seite dagegen ist behauptet worden, Amerika dürfe nicht nur die weitgehende Wahrung der französischen Interessen, sondern sehr damit auch den eigenen Interessen am besten damit gebietet. Amerika hat nämlich aus der Kriegszeit her Forderungen von vielen Milliarden Dollar an seine europäischen Verbündeten. In Amerika hat man augenscheinlich größeres Vertrauen zu der wirtschaftlichen Entwicklung des geschlagenen Deutschlands als zu der siegreichen Frankreich. Amerika würde deswegen bereit sein, Frankreich aus dem Schuldverhältnis freizugeben und dagegen die französischen Ansprüche an Deutschland zu übernehmen. Trifft diese letzte Annahme zu, so hat Amerika ein unmittelbares großes Interesse daran, die Bedeutung und die Folgen der Pariser Beschlüsse genau kennen zu lernen und zu werten. Der italienische Außenminister, Graf Sforza, hat im Senat zu Rom festgestellt, die Ausfuhrabgabe sei „unverkäuflich“ worden. Sie sollte gar nicht an der Grenze vorweg erhoben werden und damit die Preise für deutsche Exportgüter verteuern, sondern nachträglich von den Devisen einbehalten werden, welche der deutsche Exporteur für seine Ware erhält. Es ist nicht zu erkennen, wie diese Form der Abgabe für Deutschland erträglicher und für das Ausland weniger bedenklich sein soll. Der Exporteur muß den kommenden Abzug vom Erlös seiner Ware natürlich vorweg kalkulieren, es sei denn, daß ihn das Reich für seine Abzüge entschädigt. Galt das Reich dem Exporteur den Abzug in heimischem Papiergeld, so bedeutet das nichts anderes als eine Erhöhung der ohnehin schon untraglich hohen Jahresraten.

Amerika, das zur Finanzierung der Wiedergutmachungsschuld gewonnen werden soll, hat ein Interesse sowohl an den deutschen Finanzen, wie an deutschen Außenhandel. Es bedeutet eine Verschlechterung, wenn bei einem etwaigen amerikanisch-deutschen Kreditgeschäft einseitige bevorrechtigte Forderungen Dritter festgesetzt werden. Amerika scheint von der Art Wilsons grundsätzlich turriert zu sein und dürfte sich wieder der nichternsten Geschäftspolitik zuwenden.